

Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder)

Antrag von

Jörg Gleisenstein und Fraktion GRÜNE/B90 & BI Stadtentwicklung/ PIRAT

zur Stadtverordnetenversammlung am 6.11.2014

Frankfurt (Oder), den 23.10.2014

AsylbewerberInnen dezentral in Wohnungen statt in Sammelunterkünften unterbringen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Anstatt weitere Sammelunterkünfte einzurichten, sollen AsylbewerberInnen und Flüchtlinge, die in der Stadt Frankfurt (Oder) Aufnahme finden, dezentral in Wohnungen im gesamten Stadtgebiet untergebracht werden. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, hierfür zusammen mit der Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) und anderen Vermietern geeigneten Wohnraum zu ermitteln.
2. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung bis zur Sitzung am 11.12.2014 Eckpunkte eines Konzeptes zur dezentralen Unterbringung von AsylbewerberInnen in unserer Stadt vorzulegen, das auch Fragen der angemessenen medizinischen und psycho-sozialen Betreuung beinhaltet.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landesregierung auf, die Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgaben stärker zu unterstützen und insb. auch die Schaffung von dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten zu fördern.
4. Die Stadtverordnetenversammlung stellt mit Freude fest, dass viele FrankfurterInnen bereit sind, sich vielfältig im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu engagieren und die Geflüchteten in Frankfurt (Oder) willkommen zu heißen. Dieses Engagement muss von der Stadt unterstützt und gefördert werden. Dazu sind in der Stadtverwaltung die notwendigen Maßnahmen bereitzustellen, um eine Willkommens- und Ermöglichungskultur zu fördern.

Begründung:

Die steigende Zahl von Flüchtlingen ist eine große Herausforderung für alle Kommunen in Deutschland.

Eine dezentrale Unterbringung von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen in Wohnungen ist deutlich humaner und zudem besser geeignet ist, um die Geflüchteten in das soziale Leben in der Stadt zu integrieren. Andere Städte in Brandenburg, wie etwa Cottbus, machen es vor. Eine dezentrale Unterbringung ist nicht unbedingt teurer als eine Sammelunterkunft und auch an leer stehenden Wohnungen mangelt es in Frankfurt nicht. Mit der Wohnungswirtschaft haben wir ein kommunales Unternehmen, das derzeit unter Leerstand leidet und die notwendigen Wohnungen über die Stadt verteilt sicher problemlos anbieten könnte. Damit könne auch der Wohnungsleerstand bekämpft werden.

Bund und Land sind in der Pflicht, die Kommunen bei der Aufgabe zu unterstützen und sie in die Lage zu versetzen, für ausreichende und menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten zu sorgen.

Die zahlreichen Initiativen in der Stadt, die sich schon seit langer Zeit um die Betreuung und Integration von Geflüchteten kümmern oder die sich erst neu gegründet haben, sind unverzichtbar und ein wichtiger Bestandteil für unsere lokale Willkommenskultur. Es ist Aufgabe der Stadt, diese Initiativen zu unterstützen, ggf. verschiedene Aktivitäten zu koordinieren und zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern.